

Politik und Militanz in der ethnischen Bewegung Nepals

von Karl-Heinz Krämer

In wohl keinem Gebiet der Erde drängen sich so viele ethnische Gruppen auf relativ begrenztem Raum wie im Himalaya und den südlich angrenzenden Gebieten. Der Autor hat darüber bereits in den Ausgaben 4/95, 6/95 und 5/96 von 'Südasiens' berichtet. Die Berichterstattung wird mit dem folgenden Beitrag fortgesetzt. Die meisten ethnischen Organisationen Nepals sehen sich als eine Bewegung oder Front (Morcha). Einige jedoch bezeichnen sich selbst als politische Parteien. Gemein ist allen Organisationen und vor allem den Parteien das Problem der staatlichen Anerkennung. Da sie in Opposition zum Hindustaat und seiner Elite stehen, werden sie meist mit großem Argwohn betrachtet und als kommunistisch und antinationalistisch bezeichnet. Es heißt auch, es handele sich bei den Führern der ethnischen Bewegung um kommunistische Extremisten, die den Staat und seine Institutionen unterwandern wollten.

Die Verfassung von 1990 räumt eine grundsätzliche Organisationsfreiheit ein, so daß der nepalische Staat heute, anders als in der Panchayat-Zeit, die Bildung ethnischer Organisationen nicht mehr verhindern kann und der Regierung bezüglich einer Beschränkung der ethnischen Aktivitäten weitgehend die Hände gebunden sind. Anders sieht es jedoch aus, wenn sich diese ethnischen Organisationen den Status politischer Parteien zulegen und auch als solche die Interessen der ethnischen Gruppen auf der politischen Bühne vertreten wollen. Für solche Fälle haben die Schöpfer der Verfassung die Möglichkeit des Anerkennungsverbots derartiger "kommunalistischer" Parteien in die Verfassung aufgenommen. Dieser Passus wurde sowohl 1991 als auch 1994 bei den Parlamentswahlen angewandt.

Trotz dieses konstitutionellen Riegels ist es einigen ethnischen Parteien gelungen, zu den Parlamentswahlen zugelassen zu werden. Die bedeutendste dieser Parteien ist der 'Rastriya Jana Mukti Morcha' ('National People's Liberation Front'), der sich heute 'Rastriya Jana Mukti Party' nennt. Malbir Singh Thapa Magar, der Vorsitzende, bezeugt die linke Ideologie seiner Organisation, distanziert sich aber von den etablierten kommunistischen Parteien Nepals. So erklärte er 1990 zum Anliegen der Front: "In Nepal bestehen die rückständigen Bevölkerungsgruppen in erster Linie aus Arbeitern, während die Kapitalisten (die hochkastigen ethnischen Gruppen) die Herren sind. Unter diesen Umständen ist ein Kampf entsprechend der marxistischen Doktrin unvermeidlich. Die ethnischen Gruppen haben ein politisches Bewußtsein und organisieren sich selbst für diesen Kampf. Diese Realität haben die kommunistischen Parteien nicht begriffen. Dies belegt, daß diese Parteien gegen den Marxismus arbeiten. Sie glauben, daß die rückständigen Bevölkerungsgruppen nur als Träger der kommunistischen Fahne oder als Anhänger auftreten, nicht aber selbst Politik betreiben sollten, indem sie sich organisieren oder gar eine Führungsaufgabe übernehmen. Daher ist es für die ethnischen Gruppen notwendig geworden, eine eigene Partei zu gründen, um ihre

ethnischen Rechte zu nutzen. Aus diesem Grund haben wir den 'Rastriya Jana Mukti Morcha' gegründet. In Nepal geht die religiöse, politische und gesellschaftliche Dominanz vom Hinduismus (Brahmanismus) aus. Die Hindus haben sich einen beachtlichen Status als die herrschende Klasse in jeder Situation gesichert, so zur Rana-Zeit, zur Panchayat-Zeit und in der demokratischen Phase, während die ethnischen Gruppen stets ausgebeutet und unterdrückt geblieben sind. Die Brahmanisten wollen deren Möglichkeiten begrenzen. Es ist daher das Ziel des 'Rastriya Jana Mukti Morcha', die ethnischen Gruppen zu organisieren, die im politischen, sozialen und religiösen Bereich rückständig belassen wurden. Die Front steht nicht in Opposition zu irgendeiner bessergestellten ethnischen Gruppe, wohl aber zu der von ihr ausgehenden Unterdrückung. Wir haben uns bereits mit der 'Nepal-Kirat Mongol Janajati Party' zusammengeschlossen, und wir streben auch noch einen Zusammenschluß mit dem 'Limbuwan Mukti Morcha' an. Aber wir unterhalten keinen Kontakt zur 'Mongol National Organization', da wir diese als eine kommunistische Organisation betrachten."

Der 'Rastriya Jana Mukti Morcha' war bereits in der Phase der Verfassungsausarbeitung sehr aktiv. Sein Generalsekretär, Gore Bahadur Khapangi, unterbreitete der Verfassungskommission u. a. folgende Vorschläge: Nepal solle eine föderale Regierung erhalten mit autonomen Distrikten, deren Grenzen nicht nach geographischen Kriterien, sondern auf der Grundlage der ethnischen Siedlungsgebiete festgelegt werden. Die unterschiedlichen ethnischen Gruppen sollen in der föderalen Regierung und in den autonomen Distrikten entsprechend ihrer proportionalen Stärke repräsentiert werden. Nepal solle zum säkularen Staat erklärt, und die Kuh dürfe nicht als das Nationaltier angesehen werden. Die Verfassung müsse die Möglichkeit des Verbots irgendeiner Partei grundsätzlich ausschließen, und sie müsse den nepalischen Staat eindeutig als einen säkularen definieren. Das Nepali solle nicht die Nationalsprache sein, vielmehr sollen die Sprachen, Religionen und Kulturen

aller Bevölkerungsgruppen gleichbehandelt werden.

Im Februar 1991 hielt der 'Rastriya Jana Mukti Morcha' in Kathmandu seine erste nationale Konferenz ab. Der Vorsitzende, M. S. Thapa Magar, wiederholte die Forderung nach einem föderalen Staat mit autonomen Provinzen und nach politischer Vertretung der ethnischen Gruppen entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil. Es hieß, man werde sich an der Wahl beteiligen und verlange bis zu den Wahlen die Bildung einer Allparteienregierung. Die an der Übergangsregierung beteiligten Parteien hätten die staatlichen Medien mißbraucht; letztere müßten unabhängig und unparteiisch sein. In dem am 2. April veröffentlichten Manifest forderte man eine lokale Autonomie, demokratischen Sozialismus, ethnische Harmonie und rassische Befreiung. In erster Linie werde man sich für das Wohl und die Rechte der rückständigen und unterdrückten ethnischen Gruppen einsetzen. Insgesamt nominierte die Partei 75 Kandidaten in 32 Distrikten des Landes.

Ähnlich wie der 'Rastriya Jana Mukti Morcha' sprach sich auch die 'Nepal Rastriya Janajati Party' für eine Aufteilung des Landes in autonome Provinzen aus, erwies sich dabei jedoch als wesentlich militanter. Eine Konsequenz aus der offenen gezeigten Gewaltbereitschaft der

'Rastriya Janajati Party' war, daß sie im Gegensatz zum 'Rastriya Jana Mukti Morcha' 1991 von den Parlamentswahlen ausgeschlossen wurde. Nach dem Inkrafttreten der neuen Verfassung kündigte die Partei eine landesweite bewaffnete Bewegung an, weil Nepal weiterhin zum Hindustaat erklärt worden sei, und die Übergangsregierung die Forderung einer Aufteilung des Landes in zwölf Provinzen nicht berücksichtigt und die ethnischen Gruppen nicht beachtet habe. Khagendra Jang Gurung, der Führer der 'Rastriya Janajati Party', erklärte: "Wir betrachten den König von Nepal als das Symbol des Khas-Imperialismus. Wir haben eine Kampagne zur Zerstörung dieses Khas-Imperialismus und seiner Symbole eingeleitet. Unsere Partei glaubt an ein föderales System. Wir verlangen, daß Nepal auf der Grundlage von Bevölkerung und Kultur in zwölf autonome Provinzen eingeteilt wird, mit voller fiskalischer und administrativer Autorität. In allen diesen Provinzen sollten Vorkehrungen für die Reservierung von Minderheitengruppen zur Sicherung ihrer wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Rechte getroffen werden." Es hieß in den nepalischen Medien, die Partei und ihr nahestehende Organisationen wie die 'Mongol National Organization' und der 'Rastriya Jana Mukti Morcha' schafften

bereits Waffen aus dem Darjeeling-Gebiet nach Nepal. Derartige Pressemeldungen waren ganz offensichtlich Bestandteil einer Verleumdungskampagne gegen die radikaleren ethnischen Organisationen.

Die zumindest verbale Militanz der 'Nepal Rastriya Janajati Party' ist jedoch unbestreitbar. So organisierte die Partei am 6. Januar 1991 in Pokhara eine Massenveranstaltung, bei der der Vorsitzende dieser Partei, Khagendra Jang Gurung, die Menschen aufforderte, den 'Nepali Congress' und die kommunistischen Parteien zu verlassen und sich für die Erhebung der ethnischen Gruppen einzusetzen. Es war auf dieser Veranstaltung auch erneut die Rede von der Bereitschaft zum bewaffneten Kampf für die Rechte der ethnischen Gruppen.

1991 verweigerte die Wahlkommission drei der 47 Parteien, die sich um eine Registrierung für die Parlamentswahlen beworben hatten, die Anerkennung. Bei diesen Parteien handelte es sich um 'Nepal Rastriya Janajati Party', 'Proutist Nepali Samaj' und 'Mongol National Organization'. Gopal Gurung, der Vorsitzende der 'Mongol National Organization', kritisierte diese Entscheidung der Wahlkommission: "Unsere Organisation darf nicht bloß wegen ihres Namens als kommunalistisch bezeichnet werden. Ihre Anliegen, ihre Programme



Nepal - Vielvölkerstaat (Foto: Walter Keller)

und ihr Manifest stehen nicht im Widerspruch zu der neuen Verfassung." Er kündigte gegen die Entscheidung der Wahlkommission gerichtliche Schritte an. Die 'Nepal Rastriya Janajati Party' hielt am 6. März in Kathmandu eine Konferenz ab. Dort forderte ihr Generalsekretär, Kaji Man Kandangwa, die Teilnehmer auf, sich der kommunalistischen Verfassung, die vom 'Nepali Congress' und den Linken entworfen worden sei, zu widersetzen. Man verlangte die sofortige Aufhebung der Verfassung und forderte die Freilassung des unter Anwendung des 'Public Security Act' inhaftierten Vorsitzenden, Khagendra Jang Gurung. Außerdem reichte man Klage beim Obersten Gerichtshof ein und stellte den Antrag auf Verschiebung der Wahlen bis zur Entscheidung über die

Klage. Khagendra Jang Gurung erklärte vom Gefängnis aus in einem Interview, die Übergangsregierung sei kommunalistisch und undemokratisch, wenn sie unschuldige Leute unter dem 'Public Security Act' inhaftiere. Die 'Nepal Rastriya Janajati Party' sei keine separatistische oder kommunalistische Partei, sondern setze sich für die Rechte aller ethnischen Gruppen des Landes ein. Der Oberste Gerichtshof bestätigte jedoch am 1. April die Nichtzulassung der Partei durch die Wahlkommission.

Etwa ein halbes Jahr nach den ersten Parlamentswahlen, im Januar 1992, schlossen sich der 'Rastriya Jana Mukti Morcha' und die 'Nepal Rastriya Janajati Party' zur 'Rastriya Jana Mukti Party' ('National People's Liberation Party') zusammen. Die Dominanz des ursprünglichen 'Rastriya Jana Mukti Morcha' wurde auch aus der Ämterbesetzung deutlich: Vorsitzender der neuen Partei wurde Malbir Singh Thapa Magar. Zu seinem Stellvertreter wurde Chandra Prasad Yongya gewählt. Generalsekretär wurde Gore Bahadur Khapangi und Sekretär Salik Kiranti. Kurz nach diesem Zusammenschluß beschloß auch die 'Nepal Rastriya Jana Party', sich der neuen Partei anzuschließen. Die 'Rastriya Jana Mukti Party' möchte alle ethnischen Gruppen des Landes repräsentieren. Sie vertritt eine linke Politik und glaubt an die leninistischen Prinzipien eines föderalen Staates. Die Partei steht insbesondere in Opposition zur Hindudominanz und setzt sich für einen säkularen Staat ein.

War das Ergebnis, das der 'Rastriya Jana Mukti Morcha' 1991 bei den ersten Parlamentswahlen hatte erzielen können, noch sehr dürftig, so verdient das Resultat der 'Rastriya Jana Mukti Party' bei den Parlamentswahlen vom November 1994 doch eine gewisse Beachtung. Zwar konnte die Partei erneut keinen Sitz im Parlament erringen, wurde jedoch eindeutig die stärkste der kleinen, nicht im Parlament vertretenen Parteien. Die landesweit erzielten 1,32% der Stimmen täuschen dabei ein wenig. Die Partei trat überwiegend im Osten des Landes an, wo man in einigen Wahlbezirken bis zu 12% der Stimmen erringen konnte. Bei diesem Ergebnis ist ferner zu berücksichtigen, daß man gerade in Ostnepal auf eine sehr starke ethnische Konkurrenz stieß. Nicht nur die großen Parteien des 'Nepali Congress' und der NCP (UML) hatten in den östlichen Distrikten des Landes zahlreiche Angehörige ethnischer Gruppen als Kandidaten aufgestellt, es gab auch starke ethnische Konkurrenz aus dem Lager der unabhängigen Kandidaten. Ethnische Parteien und Organisationen, die nicht zugelassen worden waren, wie die 'Mongol National Organization', traten ebenfalls in

Ostnepal als Unabhängige auf. Unter diesem Gesichtspunkt muß man die 'Rastriya Jana Mukti Party' heute zumindest in Ostnepal als eine echte politische Kraft ansehen.

Überhaupt hat sich der Osten Nepals zu einem Schwerpunkt ethnischer Bewußtseinsbildung und Aktivitäten entwickelt. Dies hängt sicherlich nicht zuletzt mit der bereits weit fortgeschrittenen politischen Bewußtseinsbildung der hier beheimateten Limbu und Rai zusammen. Angehörige dieser ethnischen Gruppen engagieren sich heute nicht nur in den großen politischen Parteien und in den genannten ethnischen Parteien, sondern auch in einigen sehr militanten ethnischen Organisationen. Eine der aktivsten Organisationen dieser Art ist der 'Limbuwan Mukti Morcha' (Limbuwan Liberation Front), eine, wie der Name schon andeutet, ebenfalls sehr militante Organisation, die sich für die Rechte speziell der Limbu-Bevölkerung einsetzt. 'Limbuwan' in den Grenzen, die vor der Ankunft der hohen Hindukasten bestanden, wird als ein autonomer Staat in einem föderalen Staatswesen angestrebt. Im Mai 1990 zirkulierte beispielsweise ein Flugblatt des 'Limbuwan Mukti Morcha', in dem die Schaffung eines unabhängigen Staates 'Limbuwan' in Ostnepal im Rahmen eines föderalen Systems gefordert wurde. Dieser Staat solle völlige Autonomie besitzen, mit Ausnahme der Währung, der auswärtigen Angelegenheiten und der Verteidigung.

Zu anderen in Ostnepal tätigen ethnischen Organisationen, aber auch zu den etablierten politischen Parteien — den meisten Rückhalt in der Bevölkerung findet in Ostnepal die NCP (UML) — geht der 'Limbuwan Mukti Morcha' auf eine deutliche Distanz. So erklärte Bir Nembang, der Vorsitzende der Organisation: "Die Leute aus Limbuwan sollen der Regierung keine Steuern zahlen. Sie brauchen auch nicht Mitglied in irgendeiner politischen Partei zu werden. Vielmehr sollen sie die Wahlen boykottieren. Der 'Limbuwan Mukti Morcha' steht in grundsätzlicher Opposition zur 'Mongol National Organization' und auch zu den Versuchen, in Sunsari, Morang und Jhapa einen Kochil-Staat zu errichten. Wenn die Bewohner Limbuwans diese Organisationen nicht verlassen und sich dem 'Limbuwan Mukti Morcha' anschließen, werden sie schwerwiegende Konsequenzen zu tragen haben."

Der nepalische Staat sieht den Aktivitäten einer derart militanten Organisation nicht tatenlos zu. Ob die eingesetzten Mittel immer rechtens sind, mag dahingestellt bleiben. Wirkung auf die Stellungnahmen der Organisation scheinen sie jedoch zu zeigen. So wurde Bir Nembang am 19. April 1991 unter Anwendung des 'Public Security Act' ver-

„Wirtschaftskontakte sind Wirtschaftskontakte, und Menschenrechte sind Menschenrechte. Man sollte beides nicht miteinander vermischen.“
meint Chinas Staatspräsident Jiang Zemin zur Kooperation mit der deutschen Wirtschaft. Die meisten Politiker stimmen ihm zu.
Wenn Sie auch dieser Meinung sind, wird Sie die Arbeit der TIBET INITIATIVE DEUTSCHLAND e.V. nicht interessieren.
Wenn Sie die engen Wirtschaftskontakte zu China jedoch als Verantwortung für die grundlegenden Menschenrechte im besetzten Tibet betrachten, dann erkundigen Sie sich bei uns nach den Möglichkeiten, Tibet zu helfen. Wir setzen uns für die Freiheit Tibets ein und dabei sind wir auf Ihre Mithilfe angewiesen.

Spendenkonto:

Nr. 600 660, Sparda Bank Köln, BLZ 370 605 90

Weitere Informationen erhalten Sie bei:



TIBET INITIATIVE
DEUTSCHLAND e.V.

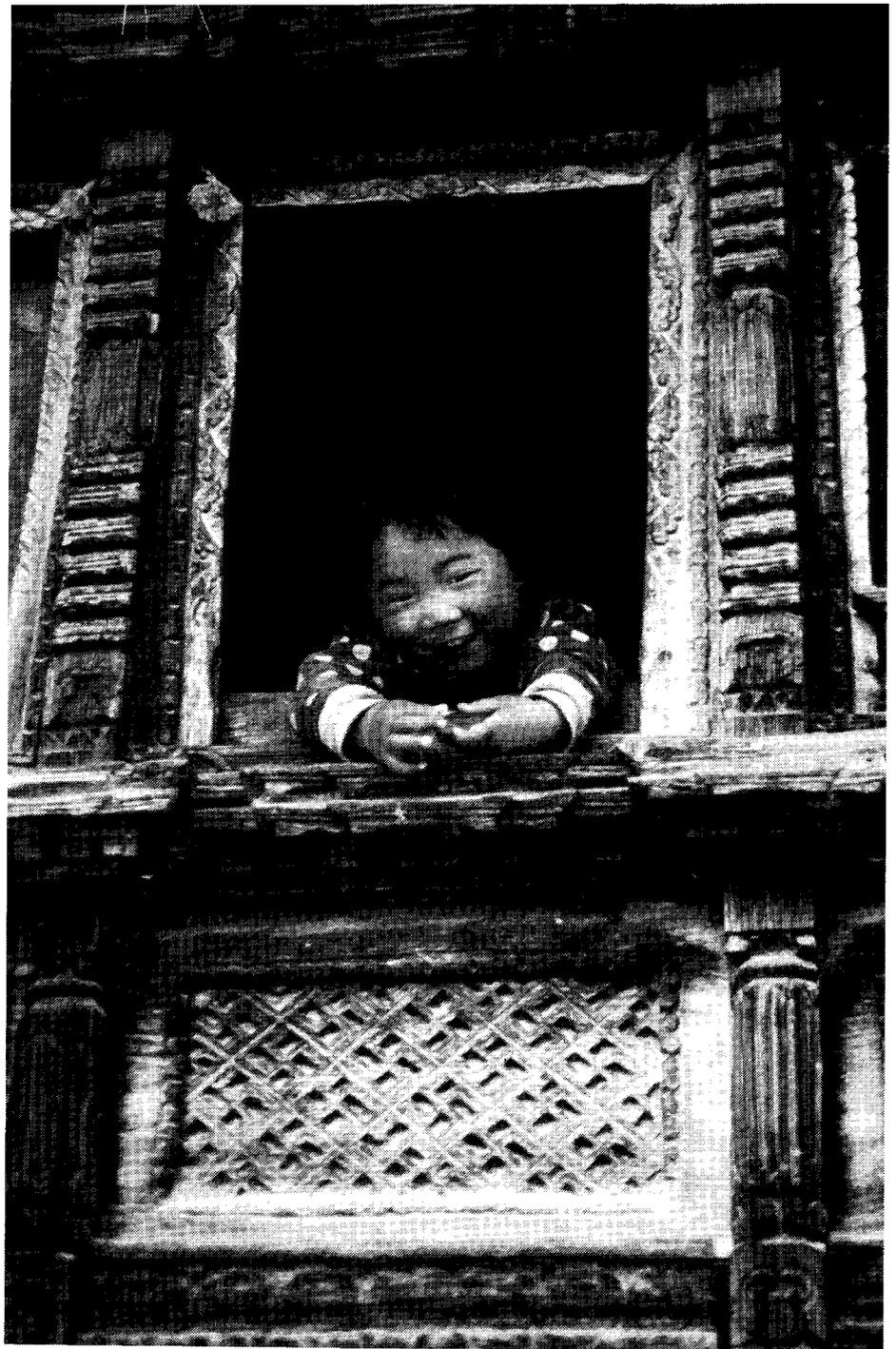
Bullmannau 11
45327 Essen

(Bitte 5.- DM in Briefmarken beilegen)

haftet, weil er in einem radikal formulierten Pamphlet die Menschen zum Boykott der Wahlen aufgerufen hatte. Bir Nembang erklärte später in einem Interview: "Das Hauptanliegen unserer Organisation ist die Autonomie der Bewohner Limbuwans, die in allen Bereichen ausgebeutet und unterdrückt worden sind. Der Begriff Limbuwan bezeichnet ein Gebiet, das die Distrikte Ilam, Panchthar, Taplejung, Jhapa, Morang, Dhankuta, Sunsari und Terhathum umfaßt. Wir hatten zunächst eine sehr enge Einstellung vertreten und die Front ausschließlich als eine solche der Limbus bezeichnet. Aber wir stehen jetzt auf einer breiteren Basis. Die Front gehört allen Menschen in Limbuwan. Sie ist keine separatistische Organisation und tritt auch nicht für eine Republik ein. Ich bin ein Patriot. Wir stehen nicht in Opposition zum König. Aber die neue Verfassung enthält Vorkehrungen, regionale Parteien nicht anzuerkennen. Auf diese Weise benutzen der 'Nepali Congress' und die Kommunisten die Demokratie zu ihrem eigenen Interesse. Aus diesem Grund haben wir uns nicht um eine Registrierung bemüht. Uns bleibt nun keine Alternative, als die Wahlen zu boykottieren, aber wir werden dies auf friedliche Weise tun."

Im Mai 1994 kam es zu einer Spaltung des 'Limbuwan Mukti Morcha'. Vertreter der Organisation aus Dhankuta, Terhathum, Taplejung, Panchthar und Ilam gründeten eine neue Organisation unter dem Namen 'Limbuwan National Council'. Vorsitzender dieser neuen Organisation wurde Harka Raj Limbu, Generalsekretär wurde Dalhang Nembang. Auch diese neue Organisation erklärte, sie strebe einen autonomen Limbu-Staat an, jedoch mit friedlichen Mitteln. Ein weiteres Anliegen sei die Entwicklung von Sprache, Literatur und Religion der Limbu. Dem 'Limbuwan Mukti Morcha' wirft man vor, er arbeite entgegen den Interessen der Limbu-Bevölkerung, sei mehr Indien zugewandt und versetze mit seiner militanten Politik die Limbu-Bevölkerung in eine ähnliche Situation wie sie für die Tamilen in Sri Lanka zuträfe.

Diese Entwicklungen machen deutlich, daß der Osten Nepals zu einem ethnischen Pulverfaß werden könnte. Anders als in Westnepal, wo der Anteil der Khas- und der Hindubevölkerung wesentlich stärker ist, muß man hier zumindest im Gebirgsraum von einer deutlichen Dominanz der ethnischen Bevölkerung ausgehen. Gepaart mit der fortgeschrittenen historischen und politischen Bewusstseinsbildung der dort beheimateten Bevölkerungsgruppen und dem zielstrebigem Engagement der jungen ethnischen Eliten stellt dies die Grundlage für zunehmenden Druck auf



Nepal - Vielvölkerstaat (Foto: Samar Andert)

die etablierte Machtelite in Kathmandu dar. Bereits jetzt versuchen die großen politischen Parteien, die ethnische Elite für sich zu gewinnen. Die NCP (UML) hatte diese Lücke schon bei den Parlamentswahlen von 1991 erkannt, als die Partei dort zahlreiche ethnische Kandidaten aufstellte, die zum Teil als Sieger aus den Wahlen hervorgingen. Bei den Parlamentswahlen vom November 1994 hatten offensichtlich auch der 'Nepali Congress' und die 'National Democratic Party' die Bedeutung dieser Kandidatenpolitik erkannt. Die Folge war eine innerethnische Konkurrenz; es gab einige

Wahlbezirke, in denen ausschließlich Kandidaten aus ethnischen Gruppen zur Wahl standen. Dies könnte ein Ansatz zu einer größeren Beteiligung ethnischer Gruppen an der politischen Macht sein, wenn sich der Einfluß dieser Kandidaten auch bis in die höchsten Ebenen ihrer Parteien in Kathmandu erstreckte. Das aber scheint nach wie vor nicht der Fall zu sein, wie mir Parlamentsabgeordnete aus den Reihen der Rai und Limbu einhellig bestätigten.